

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Helmut Rothmund MdL,  
Vorsitzender der bayeri-  
schen SPD, spricht sich  
gegen neue Raketen aus:  
Der Frieden kann nur durch  
Abrüstung gesichert wer-  
den. Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB,  
Obmann der Arbeitsgruppe  
Abrüstung und Rüstungs-  
kontrolle der SPD-Bundes-  
tagsfraktion, widerlegt  
die Behauptung, daß ein  
Raketen-Verzicht unsere  
Sicherheit gefährden würde.  
Seite 3

Dr. Volker Hauff MdB,  
Stellvertretender Vorsit-  
zender der SPD-Bundestags-  
fraktion, wirft der Bun-  
desregierung und den Grü-  
nen vor, in der Umweltpo-  
litik zu bluffen.  
Seite 5

Dr. Alfred Emmerlich MdB,  
Stellvertretender Vorsit-  
zender der SPD-Bundestags-  
fraktion, erinnert an den  
Reichstagsbrandprozeß  
vor 50 Jahren: Der Weg der  
Justiz ins Dritte Reich.  
Seite 6

38. Jahrgang / 180

20. September 1983

Gegen neue Raketen  
-----

Der Frieden kann nur über Verhandlungen und Abrüstung  
gesichert werden

Von Dr. Helmut Rothmund MdL  
Bayerischer SPD-Landesvorsitzender

In der "Friedenswoche" vom 15. bis zum 22. Oktober 1983  
werden Millionen Deutsche ihren Friedenswillen bekunden und  
auf Demonstrationen und Großveranstaltungen deutlich machen.  
Teil dieser großen Friedensbewegung sind auch und gerade  
die Sozialdemokraten, die mit ihrer Entspannungspolitik  
frühzeitig und als erste politische Kraft den Abrüstungs-  
prozeß eingeleitet haben, dessen Fortsetzung wir nach wie  
vor für vordringlich halten.

Wir sind der Ansicht, daß die gegenwärtigen Verhandlungen  
in Genf, ganz egal welches Ergebnis sie bringen, auf keinen  
Fall das Ende aller Verhandlungen über Rüstungsreduzierung  
und Abbau der Raketen bedeuten können. Dabei muß gerade die  
Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den anderen Staaten  
Westeuropas darauf drängen, daß die Verhandlungen sich an  
unseren elementaren Überlebensinteressen in Mitteleuropa  
orientieren, die durch eine sich weiter drehende Rüstungs-  
spirale vorrangig und in höchstem Maße gefährdet sind.

Die Partnerschaft in der NATO und besonders zum NATO-Part-  
ner USA muß deshalb meiner Meinung nach eine kritische sein.  
Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht - wie derzeit von  
der Rechtskoalition in Bonn praktiziert - zum unkritischen  
Ja-Sager zu allen amerikanischen Plänen werden. Vielmehr  
ist es unser gutes Recht, innerhalb der NATO unsere Inter-  
essen deutlich zu machen, das heißt darauf zu drängen, daß es  
zu keiner Nachrüstung und zu keiner Stationierung neuer  
Raketen in Europa kommt.

Partnerschaft kann nicht bedeuten, daß wir uns in jedem  
Punkt den Wünschen der USA ohne Widerspruch fügen. Partner-  
schaft bedeutet vielmehr, daß alle Partner gemeinsam an

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Druckerei  
Königsplatz  
Königsplatz



Lösungen arbeiten, die den Bedürfnissen der einzelnen entsprechen. Deshalb ist es ein Unsinn zu behaupten, kritische Partnerschaft zu den USA würde eine Absage an die NATO und an unseren wichtigsten Verbündeten bedeuten. Eine Loslösung aus der NATO haben die Sozialdemokraten nie gewollt, und sie werden das auch in Zukunft nicht fordern. Von den USA verlangen sie aber, daß diese unsere Interessen nach Rüstungsreduzierung respektieren, ohne daß sie sich dadurch in ihrem Sicherheitsbedürfnis beeinträchtigt fühlen müssen.

Nachrüstung und Aufstellung neuer Atomraketen in Europa dürfen meiner Meinung solange nicht in Erwägung gezogen werden, solange es auch nur einen Hauch von Chance gibt, daß Ost und West miteinander reden. Solange es Verhandlungen gibt beziehungsweise die Möglichkeit dazu besteht, darf sich die Rüstungsspirale nicht weiterdrehen. Das Scheitern einer Verhandlungsrunde kann auf keinen Fall Auslöser zur Aufrüstung sein, da damit die weitere Gesprächsbereitschaft beider Seiten schwer belastet würde. Darüber sollte sich endlich auch die Bundesregierung klar werden.

Ich gehe davon aus, daß die Gliederungen der bayerischen SPD und der außerordentliche Landespartei-tag am 8. Oktober in Landshut diese Einschätzungen teilen werden. Ich erwarte einen Beschluß, der die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen ebenso ablehnt wie eine weitere Aufrüstung, weil dadurch zukünftige Verhandlungen erschwert werden. Nur Verhandlungen können uns aber den Frieden in Mitteleuropa sichern.

Viele Bürger teilen unsere Meinung, Gewerkschaften ebenso wie Gruppen der Friedensbewegung. Um diese Haltung deutlich zu machen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten, sind machtvoll Demonstrationen aller Friedenswilligen in allen Teilen unserer Republik notwendig. Das Präsidium der bayerischen SPD hat deshalb schon vor sieben Wochen die Parteigliederungen und alle Mitglieder der Partei aufgerufen, am 22. Oktober an der großen Kundgebung in Stuttgart, der für den süddeutschen Raum zentralen Friedenskundgebung teilzunehmen.

Unerlässlich für diese Bekundung des Friedenswillens ist meiner Meinung nach die strikte Einhaltung des Prinzips der Gewaltlosigkeit. Wir sind damit der gleichen Ansicht wie die Friedensbewegung insgesamt und ihre Vertreter und Organisatoren. Umso bedauerlicher ist es, wenn Randgruppen der Friedensbewegung - wie jetzt auch Teile der "Grünen" - dieses Prinzip leugnen. Sie erweisen damit der Bewegung als solcher einen schlechten Dienst und liefern den Konservativen Munition zur Verteufelung aller, die keine Stationierung wollen. Wir fordern deshalb die Friedensbewegung auf, ihrem Prinzip der Gewaltlosigkeit treu zu bleiben und dem radikalisierenden Flügel und dem Aufruf zur Gewalt und zu Gesetzesüberschreitungen ein deutliches Nein entgegenzusetzen. Nur so kann sich die Friedensbewegung ihre Glaubwürdigkeit, die die konservative Seite ständig zu unterhöhlen versucht, bewahren.

Ich bin der Überzeugung, daß die Mehrzahl der Bürger unseren Weg zum Frieden über Verhandlungen und Abrüstung für den richtigen und einzig gangbaren hält. Dies gilt es jetzt gegenüber den in Bonn Regierenden mit allem notwendigen Nachdruck deutlich zu machen.  
(-/20.9.1983/ks/rs)

+       +       +



### Wider die Raketen-Legende

---

Ein Nein zur Stationierung bedeutet keine Gefährdung der Sicherheit

Von Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Legende geht in diesen Tagen verstärkt in der Bundesrepublik um, genährt vor allem von den Propagandaorganen der Bundesregierung: Die Ankündigung eines Neins der SPD zur Raketenstationierung im Falle eines Ausbleibens eines befriedigenden Verhandlungskompromisses, die kategorischen Ablehnungen einer Stationierung durch SPD-Bezirksparteitagsbeschlüsse werden nicht nur als Preisgabe eines westlichen Verhandlungsdrucks, sondern auch als Preisgabe des Prinzips gleichgewichtiger Sicherheit gegenüber der Sowjetunion hingestellt.

Es ist jedoch notwendig, der Legende entgegenzutreten, eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf unserem Territorium sei der einzige Weg zu einem Sicherheitsausgleich mit der Sowjetunion. Für einen solchen Sicherheitsausgleich - sowohl für Verhandlungen als auch für ein militärischer Kräftegleichgewicht - ist aber die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf westeuropäischem Territorium weder der einzige noch der geeignetste denkbare Weg. Er ist für unsere Interessen und für die Belange der NATO sogar der denkbar schlechteste Weg.

Zu erinnern ist daran, daß Helmut Schmidt 1979 als Druckinstrument für die Mittelstreckenraketenverhandlungen mit der Sowjetunion amerikanische Mittelstreckenraketen auf U-Booten haben wollte, die in europäischen Atlantikgewässern kreuzen sollten. Zu erinnern ist daran, daß es bis zur Unterzeichnung des SALT II-Abkommens amerikanische Atom-U-Boote waren, die dem NATO-Oberbefehlshaber unterstellt sind, die den Sicherheitsausgleich gegenüber sowjetischen Mittelstreckenraketen besorgten. Die Vereinigten Staaten lehnten für den militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses eine U-Boot-Stationierung ab, weil dies bei Mittelstreckenraketen angeblich noch nicht technisch möglich war.

Heute wissen wir, daß dies selbstverständlich möglich war und ist. Noch im Sommer 1982 erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber kalifornischen Chefredakteuren: "Würde dieser Vorschlag heute erneut gemacht, so würde zumindest meine Regierung ihn ebenso wohlwollend aufnehmen, wie sie es 1979 getan hat, weil er es meinem Land er-



sparen würde, zusätzlich zu den 4.000 oder 5.000 Atomsprengköpfen, die sich schon auf unserem Boden befinden, unseren eigenen Boden als weiteres Zielgebiet darzubieten."

Genau um letzteres geht es. Das breiter werdende sozialdemokratische Nein zu einer Raketenstationierung hat nichts damit zu tun, daß Sozialdemokraten der westlichen Verhandlungsposition in den Rücken fallen würden oder blau- und einäugig gegenüber der Sowjetunion wären, sondern einzig und allein mit der entschiedenen Infragestellung der Fehlentscheidung des NATO-Doppelbeschlusses, den militärischen Druckausgleich gegenüber der Sowjetunion ausgerechnet mit einer Stationierung strategischer Nuklearwaffen mitten im dichtbesiedelten Westeuropa besorgen zu wollen. Diese Infragestellung muß umso heftiger ausfallen, je mehr es seit einiger Zeit konkrete Befürchtungen gibt, daß sich die Vereinigten Staaten auf regionale nukleare Kriegsführungen einstellen.

Fiel etwa die Bevölkerung von Utah und Nevada der amerikanischen Position gegenüber der Sowjetunion in den Rücken, als sie sich erfolgreich gegen die Stationierung des MX-Systems auf ihrem Territorium wandte? Haben sich etwa die Amerikaner, Franzosen und Briten als willfährig gegenüber der Sowjetunion erwiesen, weil sie das Gros ihres atomaren Abschreckungspotentials zunehmend auf U-Boote verlagern, um ihr eigenes Territorium nicht als vielmaliges zusätzliches Zielgebiet sowjetischer Raketen darzubieten? Der Kern des Problems ist, daß in der dichtbesiedelten Bundesrepublik und anderen Ländern Westeuropas eine Stationierung strategischer Nuklearraketen droht, die bei all den Ländern, die selbst über Nuklearwaffen verfügen, natürlich nirgendwo in einer dichtbesiedelten Region stationiert sind. Die amerikanische Regierung würde nicht im Traum daran denken, solche Waffensysteme zum Beispiel in den relativ dichtbesiedelten Bundesstaaten New York oder Illinois zu stationieren. Die Sicherheit und der Zusammenhalt des Bündnisses wird vor allem durch diejenigen gefährdet, die in allzu schlichter Vereinfachung Bürgern weismachen wollen, für einen verhandlungspolitischen oder militärischen Sicherheitsausgleich mit der Sowjetunion gäbe es keine Alternative als ausgerechnet die einer Stationierung auf unserem Territorium.

(-/20.9.1983/ks/rs)

+ + +



**Nicht verwirren lassen**  
-----

**In der Umweltpolitik bluffen die Bundesregierung und die Grünen**

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundestagsdebatte vom vergangenen Donnerstag, die von der Bundesregierung noch geschickt vor die Hessen-Wahl plaziert wurde, hat gezeigt: In der Umweltpolitik wird zur Zeit - und wohl vor allen Dingen mit Blick auf die Hessen-Wahl - unglaublich geblufft! Nehmen wir zum Beispiel nur die Aussagen zum Waldsterben:

1. Bundesinnenminister Zimmermann redet zwar in seriöser Tonlage von seiner Sorge um das Waldsterben, de facto tut er nichts für die Luftreinhaltung.
  - Mit der TA-Luft werden zum Beispiel die alten Schwefeldioxidwerte festgeschrieben, und mit Hilfe des neuen hochkomplizierten Berechnungsverfahrens zur Ermittlung der Zusatzbelastung der Luft können unter Umständen sogar mehr Emissionen als früher für zulässig erklärt werden. Diese TA-Luft dient in erster Linie dem Umweltimage von Zimmermann, nicht aber unseren sterbenden Wäldern.
  - Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit ihren langen Übergangsfristen und den vielen Ausnahmeregelungen wird selbst vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger als überholungsbedürftig bezeichnet.
  - Bei den Ankündigungen zur Abgasentgiftung bei Autos bleibt Zimmermann betont unklar. Weder nennt er Termine noch Eckwerte für die neuen Abgasregelungen bei Neuzulassungen. Will er sich hier wieder alle Schlupflöcher offenhalten?
  - Und noch ein Bluff: Die von Zimmermann und Kiechle zu gründende Stiftung "Wald in Not": Schaumschlägerei, um das eigene Nichtstun zu verbergen.
2. Auch die Grünen bluffen. Sie tun beharrlich so, als hätten sie als einzige die Dramatik des Waldsterbens schon vor Jahren erkannt. Dies ist falsch. Auch die Grünen haben sich in der Dimension dieses Problems getäuscht: Weder das Bundesprogramm noch das Wahlprogramm der Grünen 1980 erwähnen das Wort oder das Thema "Waldsterben". Dies ist kein Vorwurf, sondern eine Entgegnung auf die häufig gehörte Anmaßung, es hätte erst der Grünen bedurft, damit wir Sozialdemokraten merken, was Umweltpolitik ist.

Fallen wir Sozialdemokraten nicht darauf hinein! Wir können unsere umweltpolitischen Leistungen der Vergangenheit ebenso offensiv vertreten wie unser umweltpolitisches Programm heute, mit dem wir diese Bundesregierung auf ihre umweltpolitische Glaubwürdigkeit hin testen können. Wir werden noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein Schwefelabgabegesetz im Deutschen Bundestag einbringen, wir werden schon in Kürze unsere Konzeption zur Einführung des bleifreien Benzins und Senkung der Abgaswerte in der Bundesrepublik im Deutschen Bundestag vorlegen. Weil Umweltpolitik nicht nur Schadensbekämpfung heute, sondern mindestens ebenso sehr Vorsorge für die Zukunft ist, werden wir ein Programm zur Verbesserung der Wachstums- und Umweltbedingungen im Rahmen eines Beschäftigungshaushalts vorlegen.

Wenn zur Zeit Bundesregierung und Grüne darin wetteifern, sich in Sachen Umweltpolitik an die eigene Brust zu schlagen, sollten wir Sozialdemokraten uns nicht verwirren lassen.  
(-/20.9.1983/ks/rs)

+ + +



Der Weg der Justiz ins Dritte Reich  
-----

Gedanken zum Reichstagsbrandprozeß, der vor 50 Jahren begann

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 50 Jahren, am 21. September 1933, begann vor dem Reichsgericht in Leipzig der Reichstagsbrandprozeß. Wenn das Wort spektakulär auf einen Prozeß zutrifft, dann auf diesen. Angeklagt waren Marinus van der Lubbe, ein holländischer Syndikalist, Ernst Torgler, bis zur Annullierung der KPD-Mandate Fraktionsvorsitzender der KPD im Reichstag, und die bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff. Am 23. Dezember 1933 wurde das Urteil gesprochen. Van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt, die übrigen Angeklagten "mangels Beweises" freigesprochen.

Der Reichstagsbrandprozeß war der erste große Versuch der Nationalsozialisten, die Justiz in den Dienst ihrer Ziele zu stellen. Aus der Sicht des Jahres 1983 läßt sich nicht feststellen, daß das Reichsgericht auf der ganzen Linie erfolgreich widerstanden hat. Sicher ist positiv anzumerken, daß das Reichsgericht vier der Angeklagten freisprach. Nur: Dies entsprach dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Insbesondere der bis heute nicht vergessenen Verteidigung des Bulgaren Dimitroff - der selbst dem polternden Zeugen Göring die Stirn bot - gelang es, die Anklage zum Einsturz zu bringen. Hier blieb nur ein Freispruch übrig. Anders sieht es bei der Verurteilung van der Lubbes aus. Die Behauptung des Reichsgerichts, van der Lubbe habe zusammen mit kommunistischen Mittätern den Reichstag angezündet, ist bis heute nicht belegt. Schwerer wiegt indes, daß die Verurteilung van der Lubbes zum Tod durch die Anwendung eines von den Nationalsozialisten erst nach dem Reichstagsbrand erlassenen Gesetzes erfolgte.

Erst dieses Gesetz drohte für Brandstiftung die Todesstrafe an - zuvor war für Brandstiftung als Höchststrafe lebenslängliches Zuchthaus vorgesehen gewesen. Kein noch so ausgefeiltes juristisches Argument kann darüber hinwegtäuschen, daß das Reichsgericht sein Urteil auf einer Verletzung des ehernen Strafrechtsgrundsatzes "Keine Strafe ohne Gesetz" und unter Verletzung des Rückwirkungsverbots erlassen hat. Es wird immer ein dunkler Punkt in der Geschichte des Gerichts bleiben, daß es sich durch diesen Verstoß gegen ein Fundamentalprinzip abendländischer Rechtskultur zum Handlanger einer nationalsozialistischen Rachejustiz machen ließ. Ähnliche Überlegungen lassen sich daran anknüpfen, daß das Reichsgericht bereit war, zum ersten Mal in der deutschen Rechtsgeschichte seine Gerichtsverhandlung durch Rundfunk übertragen zu lassen. Auch in diesem Punkt gab es dem Begehren der Nazis, den Reichstagsbrandprozeß als einen großen Schauprozeß zu inszenieren, nach.

Es befreit das Reichsgericht nicht von der Kritik an seinem Verhalten, daß die nationalsozialistische Führung über sein Urteil höchst ungehalten war und den Ausgang des Prozesses zum Anlaß nahm, dem Reichsgericht die Zuständigkeit für Hoch- und Landesverratsachen zu entziehen. Stattdessen wurde der Volksgerichtshof etabliert. Im Reichstagsbrandprozeß hatte das höchste deutsche Gericht für alle erkennbar seine Bereitschaft gezeigt, die Prinzipien einer unabhängigen Strafrechtspflege zugunsten des von Nationalsozialisten konzipierten Vergeltungsstrafrechts aufzugeben. Damit waren die Dämme gebrochen, der Weg der Justiz ins Dritte Reich war offen. (-/20.9.1983/ks/rs)

+ + +

